**Interpellation FDP-Fraktion:**
**«Negative Auswirkungen einer nationalen Erbschaftssteuer auf Familienunternehmen im Kanton St.Gallen**

Die eidgenössische Volksinitiative ‹Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)› verlangt, dass der Bund auf Nachlässen und Schenkungen über einem Freibetrag von 50 Mio. Franken eine Steuer von 50 Prozent erhebt. Der Bund und die Kantone sollen den Rohertrag der Steuer zur Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen sowie für einen staatlichen ‹ökologischen Umbau› der Wirtschaft verwenden. Gemäss Initiativtext wird die Steuer von den Kantonen veranlagt und eingezogen. Der Rohertrag der Steuer soll zu zwei Dritteln dem Bund und zu einem Drittel den Kantonen zufliessen.

Die Initiative stellt einen erheblichen Eingriff in die föderalistische Ordnung der Schweiz und die kantonale Finanzautonomie dar. Erbschafts- und Schenkungssteuern sind bisher kantonale Steuern. Die Initiative hält zwar fest, dass die kantonale Kompetenz zur Erhebung einer Erbschaftssteuer erhalten bleiben soll, allerdings würde kaum mehr Spielraum für die Kantone bei Vermögenswerten über 50 Mio. Franken bleiben. Die Kantone würden zwar mit einem Drittel an den Einnahmen der nationalen Erbschaftssteuer partizipieren, ihre Kompetenz bei der Verwendung des Kantonsanteils würde durch die Zweckbindung jedoch stark beschränkt.

Eine Studie der Universität St.Gallen[1], die sich mit den Auswirkungen der Juso-Initiative befasst, kommt zum Schluss, dass mit erheblichen Steuervermeidungsreaktionen und dadurch mit empfindlichen Verlusten von Steuereinnahmen in Gemeinden und Kantonen zu rechnen ist. Für den Kanton St.Gallen schätzt die Studie bei einem mittleren Szenario, dass den jährlichen Einnahmen von rund 32 Mio. Franken aus der neuen Erbschaftssteuer, Steuerverluste von insgesamt 69 Mio. Franken gegenüberstehen. Kanton und Gemeinden würden also netto rund 37 Mio. Franken jährlich verlieren. Die Initiative hat gemäss der Studie zudem das Potenzial, den Typus der erfolgreichen und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmer stark zu dezimieren und Familienunternehmen finanziell auszutrocknen. Sie würde einer Polarisierung der Wirtschaft mit einem schwindenden Mittelstand Vorschub leisten. Der schweizerischen Wirtschaft würden die Familienunternehmer abhandenkommen, die es vom innovativen Start-up bis zum grossen Konzern schaffen.

Die FDP-Fraktion verlangt daher Auskunft zu den finanziellen Folgen für den Kanton und die Gemeinden bei einer Annahme der Juso-Initiative. Dies ist umso notwendiger, da die Initiative bereits heute Wirkung erzielt: Aufgrund des unmittelbaren Inkrafttretens der Initiative bei einer Annahme von Volk und Ständen sind betroffene Personen und Familienunternehmen schon jetzt an der Prüfung von alternativen Steuerdomizilen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele im Kanton ansässige Steuersubjekte sind von der Initiative betroffen, da ihr steuerbares Vermögen 50 Mio. Franken übersteigt? In welchen Gemeinden sind diese Steuersubjekte ansässig?
2. Welche Steuerbeiträge (Vermögenssteuern, Einkommenssteuern, u.a.) leisten diese heute jährlich an den Kanton und die Gemeinden? Wie hoch ist deren Anteil an den gesamten Steuererträgen des Kantons und der Gemeinden absolut und in Prozent der gesamten Steuererträge?

[1] Föllmi, R., Keuschnigg, C., & Legge, S. (2025). Studie zu den Auswirkungen der Eidgenössischen Volksinitiative ‹Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)›. Universität St.Gallen. https://ile.unisg.ch/wp-content/uploads/2025/02/Foellmi-Keuschnigg-Legge_Studie-Erbschaftssteuer_Feb25final.pdf.

3. Wie viele im Kanton ansässige Steuersubjekte werden nach Aufwand besteuert? In welchen Gemeinden sind sie ansässig? Wie hoch sind heute die Einkommens- und Vermögenssteuererträge des Kantons und der Gemeinden dieser nach Aufwand besteuerten Personen?
4. Wie viele im Kanton ansässige Familienunternehmen sind von der Initiative betroffen, da deren Besitzer das steuerbare Vermögen 50 Mio. Franken übersteigt? In welchen Gemeinden sind diese Familienunternehmen ansässig?
5. Wie viele Arbeitsplätze und damit indirekte Steuereinnahmen durch die Angestellten sowie Besitzer sind mit diesen Firmen auf Ebene Kanton und Gemeinden schätzungsweise heute verbunden?
6. Angenommen alle Steuersubjekte mit einem Vermögen grösser als 50 Mio. Franken verlassen vor der Abstimmung den Kanton: Wieviel an Einkommens- und Vermögenssteuern fallen weg? Um wieviel müsste der Steuerfuss des Kantons und der betroffenen Gemeinden erhöht werden?
7. Wie beurteilt die Regierung die in der zitierten Studie geschätzten Steuerfolgen für den Kanton St.Gallen und deren Gemeinden? Treffen die Annahmen für ein mittleres Szenario zu?
8. Wie beurteilt die Regierung eine Erbschaftsteuer, bei der 50 Prozent (und mehr) des bisherigen Besitzes zum Staat (Bund und Kanton) übergehen? Kommt dies nicht einer Enteignung gleich?»

10. März 2025 FDP-Fraktion